



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/86 - 16. April 1959

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 88
Fernschreiber 0866890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Das Minuten-Interview</u> MdB Fritz Erler über seine Gespräche mit Christian Herter	30
2 - 3	Österreich vor den Wahlen ÖVP in der Defensive Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	74
4 - 4a	Positionskämpfe im deutschen Pressewesen Von Fritz Heine	96
5 - 6	"Die Bundeswehr"-Redaktion Keine Spur von unparteiisch und überparteilich	75
7	Leben und Wirken eines bedeutenden Mannes Das Buch über Rudolf Wissel	33

* * *
* *

Das Minuten-Interview:

MDR Fritz Erler

über seine Gespräche mit Christian Herter

SPD-Pressediens: Herr Erler, wie bekannt ist, haben Sie bereits mehrfach in Washington mit dem neuen Mann im State Department, dem stellvertretenden US-Außenminister Christian Herter, längere Unterhaltungen über Fragen der internationalen Politik geführt. Das letzte Gespräch fand, wenn wir uns nicht irren, im Januar dieses Jahres statt. Wie beurteilen Sie die Berufung Herters in der gegenwärtigen Situation unter Berücksichtigung Ihrer mit ihm geführten Unterhaltungen?

MDR Erler: Herter ist ein sehr vorsichtig abwägender, aber auch neuen Gedankengängen gegenüber aufgeschlossener Mann. Mit ihm ist jederzeit ein freies und offenes Gespräch möglich gewesen. Ich habe die Gewissheit, dass unter Herter die amerikanische Politik nichts unversucht lassen wird, um mit den Bundesgenossen alle Gedanken sorgfältig zu erörtern, die zu einem Ausweg aus der gegenwärtigen Situation führen können.

Die amerikanische Politik hat auch schon unter John Foster Dulles in den letzten Monaten ein geistigere Mass an Elastizität bewiesen. Es ist bedauerlich, dass die starke Persönlichkeit von Dulles selbst den Bundesgenossen gegenüber dieses neue Denken nicht sehr wirksam vertreten kann. Ich bin aber sicher, dass Herter in diesen Fragen mit der Autorität des scheidenden Außenministers ausgestattet sein wird.

* * *

Christian Herter ist 62 Jahre alt. Er ist der Enkel eines schwäbischen Auswanderers. Geboren wurde er in Paris, wo sein Vater beruflich tätig war. Als Privatsekretär des späteren Präsidenten Herbert Hoover schuf sich Herter die Grundlagen für die politische Karriere. Von 1943 bis 1953 war er republikanisches Kongressmitglied. Besondere Verdienste erwarb er sich durch die Mitarbeit an den Entwürfen zum Marshall-Plan. 1953 Gouverneur des Staates Massachusetts. Seit 1957 stellvertretender Außenminister der USA.

* * *

- 2 -

Österreich vor den Wahlen

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta

Am 10. Mai wird das österreichische Volk die 165 Abgeordneten für sein neues Parlament wählen. Der Wahlkampf ist bereits in vollem Gange. Wie es, zumindest gegenwärtig, den Anschein hat, befinden sich die Sozialisten stimmungsmäßig bei der Bevölkerung in einer günstigeren Position als deren große Widersacherin, die ÖVP. Es wäre allerdings verfrüht, Prognosen über den voraussichtlichen Ausgang dieser Wahlen zu stellen.

Die nächsten Parlamentswahlen in Österreich hätten eigentlich erst im Frühjahr 1960 stattfinden sollen. Sie sind einvernehmlich zwischen den beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, auf den 25. Oktober dieses Jahres vorverlegt worden, bis dann die ÖVP - um internen Schwierigkeiten durch eine Flucht nach vorn zu entkommen - die Koalition gesprengt und die Abhaltung der Wahlen bereits für den 10. Mai verlangt hat. Die Sozialisten wollten und konnten sich diesem Wunsch nach weiterer Vorverlegung der Wahlen nicht widersetzen, große Teile des Volkes aber befanden sich durchaus nicht in einer "Kampfstimmung" und verzeichneten daher mit Verwunderung oder auch Befremdung den von der ÖVP willkürlich vom Zaun gebrochenen Koalitionsstreit. Sie mißbilligen das, weil damit notwendigerweise Unruhe entstanden ist.

Den Sozialisten kommt ferner zustatten, daß ihnen das bisher letzte Votum des Volkes, die Bundespräsidentenwahl vom 5. Mai 1957, einen eindeutigen Sieg gebracht hat. Parlamentswahlen im Sog einer erfolgreichen Bundespräsidentenwahl waren bisher für die Sozialisten günstig. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1949 bekam die ÖVP um 223 000 Stimmen mehr als die SPÖ, bei den Bundespräsidentenwahlen 1951 sogar wurde der sozialistische Kandidat Theodor Körner mit 172 000 Stimmen Übergewicht gewählt. Als dann zwei Jahre später, 1953, wieder Parlamentswahlen stattfanden, wurden die Sozialisten die stärkste Partei, und zwar mit 37 000 Stimmen mehr als die ÖVP. 1958 bekam dann die ÖVP durch den Zerfall der bürgerlichen Partei der "Unabhängigen" um 129 000 Stimmen mehr als die SPÖ, doch schon im darauffolgenden Jahr 1957 wurde der sozialistische Parteivorsitzende Dr. Adolf Schärf mit fast 100 000 Stimmen mehr als sein Gegenkandidat zum Staatsoberhaupt gewählt.

Vor dieser Bundespräsidentenwahl argumentierten die Sozialisten sehr geschickt mit einer Art Gleichgewichtstheorie: dem ÖVP-Bundeskanzler sollte als Hüter der Verfassung und Wahrer der Demokratie ein SPÖ-Bundespräsident gegenüberstehen, damit nicht etwa die ÖVP zur Allmacht im Staate gelangt. Das wurde vom Volk verstanden und beherzigt -- Schürzf wurde auch mit den Stimmen von nichtsozialistischen Wählern zum Bundespräsidenten gewählt.

Die Gleichgewichtstheorie spielt nun auch bei den kommenden Wahlen in der sozialistischen Propaganda eine große Rolle. Der ÖVP, die bisher von 165 Abgeordnetensitzen nicht weniger als 32 innehatte, fehlt nämlich nur ein einziges Mandat zur absoluten Mehrheit und damit zur ersehnten Möglichkeit, Gesetze nach eigenen Gutdünken im Parlament durchzubringen. Bundeskanzler und Parteiohmann Julius Raab hat wiederholt erklärt, daß er nicht an eine Neuaufgabe des bisherigen Koalitionspaktes denkt, der Kampfabstimmungen zwischen den beiden Regierungsparteien im Parlament unterbunden hatte. Das Parlament soll in Zukunft "frei" entscheiden, das heißt bei absoluter Mehrheit der ÖVP-Abgeordneten so, wie es sich die reaktionären und konservativen Kreise vorstellen. Das bedeutet das Ende der bisherigen Zusammenarbeit, die sich - für alle sichtbar - seit 1945 außerordentlich bewährt hat. Um nur ja richtig verstanden zu werden, hat noch vor nicht allzu langer Zeit ÖVP-Parteiohmann Raab das Andenken von Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß (1932 - 1934) gefeiert, jenes Dollfuß, der in der ersten Republik eine faschistische Einparteiensherrschaft errichtet und Österreich damit ins Chaos geführt hat.

Die Sozialisten warnen vor einer Wiederholung dieser verhängnisvollen politischen Fehler und stellen den Wähler vor die Entscheidung "Einparteiensherrschaft oder Zusammenarbeit, Alleinherrschaft einer Partei oder Demokratie, Dollfußweg oder Kennerstraße".

Die ÖVP, solcherart im Wahlkampf in der Defensive, hat durch den Entschluß Dr. Adenauers, für die Wahl zum Bundespräsidenten zu kandidieren und damit aus der aktiver Politik endlich auszuschneiden, eine weitere moralische Schlappe erlitten. Die österreichischen Sozialisten erklärten dazu: Mit Adenauer fällt der starrste Typ der europäischen Politiker, der an Starrheit, nicht an Intelligenz, nur noch von Bundeskanzler Raab übertroffen wird. Raab hat nämlich vor zwei Jahren den gutgemeinten Rat einer Parteifreunde, für die Bundespräsidentenwahl zu kandidieren, abgelehnt. Mit dem Abtreter Adenauer beginnt die Götterdämmerung des europäischen Konservatismus, dessen politisches Versagen nun deutlich offenbar wird. Die ÖVP hat daher im gegenwärtigen Wahlkampf keinen leichten Stand

Positionskämpfe im deutschen Pressewesen

Von Fritz Heine

Es tut sich einiges im Bereich jener Tageszeitungen, die sich um besonders engen Kontakt mit "Der Wirtschaft" bemühen und von denen einige als Sprachrohr bestimmter Industriekreise anzusehen sind. Seit fast einem Jahr wurden Vorbereitungen getroffen, bei denen die durchsichernden Pläne des einen Verlages jeweils die Maßnahmen des anderen provozierten oder intensivierten. Jetzt sind die Maßnahmen aus dem Studium der Planung heraus; - das kommende Jahr wird zeigen, wessen Kalkulationen richtig waren und wer Gunst und Interesse des unworbenen Publikums wie der nicht minder unworbenen Industrie gewinnt.

Es sind im wesentlichen vier Publikationen, die hier in einem nur mühselig kaschierten erbitterten Wettbewerb miteinander stehen:

- 1) Die jetzt erfolgte Umstellung der "Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung", die einen riskanten Schritt von zweimal wöchentlichen zum täglichen Erscheinen macht, statt wie bisher in Stuttgart nun in Köln gedruckt wird und damit auch in Druckvertragsbeziehungen zum Dumont-Schauberg-Verlag tritt.
- 2) Die seit einigen Monaten von der FAZ herausgegebene, täglich mit sechs Seiten Umfang erscheinende Wirtschaftszeitung "Blick durch die Wirtschaft", die mit großem Werbeaufwand und mit der Aufgabe gestartet wurde, den vorhandenen und noch zu erwartenden Konkurrenzorganen den Rang bei der Wirtschaft abzulaufen.
- 3) Die etwa gleichzeitig einsetzenden Maßnahmen der "Welt", ihren Wirtschafts- und Handelsteil erheblich auszubauen, neue Mitarbeiter heranzuziehen und durch die Einführung von periodisch erscheinenden Übersichten über das Börsengeschehen, die Aktiensituation usw. den Aktionen vor allem der FAZ zu begegnen.
- 4) Die erst im letzten Monat angekündigte und jetzt in der Verwirklichung befindliche Umstellung des "Handelsblatt", das statt dreimal wöchentlich in Zukunft "börsentäglich", das heißt fünfmal wöchentlich erscheint und sowohl nach der wirtschaftspolitischen wie nach der politischen Seite hin Erweiterungen vornimmt.

Wir haben also heute im Bereich der Bundesrepublik mit vier überregionalen Blättern zu rechnen, die bei aller Verschiedenheit der Struktur, der Zielsetzung, der politischen Linie, der Gestaltung und des Leserkreises doch zumindest das Eine verbindet, daß sie auf der ganzen Linie den Kampf um den Vorrang in den Beziehungen zur "Wirtschaft" aufgenommen haben und daß dabei sicherlich nicht nur mit Samthandschuhen gearbeitet werden wird.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Anzeigenteils für das Verlagsbudget, das schon jetzt im Durchschnitt mehr als die Hälfte der Zeitungsselbstkosten trägt und rasch weiter steigende Tendenz hat, ist es für die Entwicklung in den nächsten Jahren von vielleicht lebenswichtiger Bedeutung für die konkurrierenden Blätter, sich den Vorrang zu sichern. Mit dem Prestige, dem Umfang, Auflage und Einflußhöhe gibt, ist fast automatisch die Sicherung und der erleichterte Ausbau des Anzeigenteils verbunden.

Dabei wird in Zukunft das Problem der sogenannten Finanzanzeigen besondere Bedeutung gewinnen, einmal wegen der leider noch zu langsam wachsenden Erkenntnis auch in der deutschen Großindustrie, daß größere Publizität ein Erfordernis der Zeit und gute Public Relationsarbeit ist; zum anderen, weil die sich voraussichtlich wandelnden Finanzierungsmethoden (weniger Selbstfinanzierung)-gesteigerte Anforderungen an den Kapitalmarkt - zu erheblicher Steigerung dieses Anzeigentyps führen müssen.

Sich dabei einen möglichst großen Anteil des Anzeigenaufkommens und enge Beziehung zur Wirtschaft zu sichern, ist für die Verlage auch deshalb wesentlich, weil mit der beginnenden Revolution im Druck- und Zeitungswesen - die Mehrfarbzeitung, der Schnellsatz usw. sind im Kommen - erhebliche Investitionen und heute kaum gesehene Umstellungen erforderlich sein werden. Eine nicht unwichtige Rolle in den Überlegungen der konkurrierenden Blätter dürfte auch die Tatsache spielen, daß Werbefernsehen und Werbefunk einen wachsenden Anteil am Werbeetat der Industrie haben werden und daß dann die Zeitung mit den engsten Wirtschaftsbeziehungen und dem größten Gesamtprestige die relativ gesicherteste Position haben wird.

Das alles ist freilich nur die eine Seite des Bildes. Die andere ist das Interesse weiter und unterschiedlicher Wirtschaftskreise, sich für ihre allgemeinen und speziellen Interessen Publikationsorgane mit großem Einfluß zu sichern. Die Bestrebungen dazu laufen seit langem und sind vom wachsenden Erfolg gekrönt. Es ist ein weiter und zum Teil tragischer Weg, den die deutsche Tagespresse seit ihrem Wiederaufkommen nach 1945 gegangen ist. Ausgangspunkt war das Wunschbild, das die deutschen Verleger der damaligen Zeit hatten, eine von Einflüssen Außenstehender freie Presse zu schaffen, in der Verleger und Chefredakteure in der Idealform des Berufs wirken könnten. In den ersten Jahren der Lizenzpresse waren Theorie und Praxis ökonomisch sehr nahe. Man wachte mit Eifer und Leidenschaft, um frei von fremdem Einfluß zu bleiben. Dann geschah der erste entscheidende Schritt: einer der süddeutschen Lizenzträger, der leider heute noch immer, wenn auch in einem anderen Ort, wichtige Pressefunktionen ausübt, verließ die Lizenzgemeinschaft seines Verlages und zwang den Verlag durch seine außerordentlichen Abfindungsforderungen, ein großes Industrieunternehmen an der Zeitung zu beteiligen. Das war der entscheidende Durchbruch, sozusagen der Sündenfall, in dem private Geldforderungen zu einem Ausverkauf an die Industrie führten.

Die deutsche Öffentlichkeit wird gut daran tun, das Ringen der vier überregionalen Zeitungen um den Vorrang im Bereich der Wirtschaft und Wirtschaftspublizistik mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und diese neue Phase in einem nicht unwichtigen Teil des deutschen Pressewesens als eine Angelegenheit zu betrachten, die uns alle angeht.

Die "Bundeswehr"-Redaktion

Keine Spur von unparteiisch und überparteilich

sp - Der Bundeswehr-Verband hat sich als Zusammenschluss von Bundeswehr-Angehörigen aller Dienstgrade die Aufgabe gestellt, in absolut überparteilicher und unparteiischer Weise den Soldaten in der Wahrung ihrer sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und künlichen Interessen helfend zur Seite zu stehen. Bei dieser verdienstvollen Tätigkeit hat der Bundeswehr-Verband von Anfang an die volle Unterstützung auch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erhalten, was sich in ständigen Kontakten zwischen SPD-Abgeordneten und anderen SPD-Vertretern mit den Sprechern des Bundeswehr-Verbandes ebenso ausdrückt wie in dem Bemühen der SPD-Bundestagsfraktion, die Soldaten in ihren berechtigten Anliegen jederzeit und möglichst auch initiativ zu fördern.

Diese, sicher auch vom Bundeswehr-Verband und seinen Führungskräften nicht bestrittene Feststellung war einleitend erforderlich, um vor diesem Hintergrund keinen Zweifel daran zu lassen, dass die SPD gewissen Äußerungen im Verbandsorgan "Die Bundeswehr" mit kritischer Ablehnung gegenübersteht. "Die Bundeswehr" ist, entsprechend der allgemeinen Zielsetzung und Aufgabenstellung des Bundesverbandes selbst, verpflichtet, ihre Funktion ebenso überparteilich und unparteilich auszuüben. Die SPD hat es bereits vor etlichen Wochen erleben müssen, dass die Redaktion der "Bundeswehr" den Artikel eines SPD-Bundestagsabgeordneten, der als Antwort auf eine einseitige Stellungnahme gedacht war, nicht abgedruckt hat. Sich daraus ergebende Gespräche wurden mit der Tendenz geführt, dass "Die Bundeswehr" in Zukunft die ihr als Bundeswehr-Organ auch verfassungsgemäss vorgeschriebene Linie die Überparteilichkeit und unparteiliche Haltung deutlich einhalten werde.

Die SPD sieht sich in ihrer Erwartung, dass das Problem einwandfrei gelöst sei, enttäuscht. Die April-Nummer der Bundeswehr-Verbandszeitschrift "Die Bundeswehr", die von einem aktiven Major der Bundeswehr geleitet wird, hat mit einem Artikel zugunsten des, wie sie einleitend selbst sagt, "in der Öffentlichkeit heftig umstrittenen" Komitees "Rettet die Freiheit" die Grenzen der Überparteilichkeit

bewusst und rücksichtslos überschritten. Der Artikel, der sich in weitest Passagen in offener Polemik gegen die Gegner dieses eingetragenen Vereins "Rettet die Freiheit" wendet, endet bei Umgehung der Tatsache, dass dieser Verein heute de facto eben doch nichts anderes als ein reines und nur noch von Kräften der Adenauer-Partei getragenes CDU-Unternehmen ist, mit dem Trick, diesen CDU-Verein der Bundeswehr als "neuen Bundesgenossen" anzubieten, der die "volle Unterstützung" der Bundeswehr verdiene.

Dem Leser der "Bundeswehr" und damit also sehr vielen Soldaten wird in diesem Artikel nicht gesagt, dass der CDU-Verein "Rettet die Freiheit", der mit Ausnahme einiger CDU-Zeitungen in der ganzen deutschen Publizistik keine Unterstützung, sondern vielmehr meist nur offene Ablehnung gefunden hat, auf den entschlossenen Widerstand nicht nur der SPD, sondern auch der FDP, massgebender Gewerkschaftskreise, des Heimkehrerverbandes und des Zusammenschlusses wichtiger Soldaten- und Kriegsoffer-Verbände gestoßen ist. Dieser höchst bedeutsame Tatbestand wird in dem Artikel der "Bundeswehr" glatt unterschlagen. Dagegen wird der ebenso peinliche und unwürdige Versuch unternommen, den Vereinsgegnern zwischen den Zeilen anzudichten, sie wären gegen die Bewahrung und Verteidigung der Freiheit, als deren alleinige "Retter" der Verein und seine Initiatoren angepriesen werden. Um das Mass des Unsauberen voll zu machen, rutscht der "Bundeswehr"-Artikel schliesslich noch auf die gerade sonst den wirklichen Freiheits-Feinden vorbehalten gebliebene Methode ab, die "Intellektuellen" als Hauptschuldige für einen Zustand anzuprangern, in dem Aktionen wie des Vereins "Rettet die Freiheit" zur Verhütung "unabsehbarer Gefahren" lebensnotwendig geworden seien. Diese Intellektuellen hätten sich, so heisst es in Formulierungen, die an die "Deutsche Soldatenzeitung" erinnern, "vor intellektueller Spielerei die Notwendigkeit übersehen, die sich aus der deutschen Lage ergeben".

Die SPD jedenfalls ist nicht gewillt, den Kurs, den "Die Bundeswehr" einzuschlagen droht, widerspruchslos hinzunehmen. Die Infiltrationsversuche, die hier von aktiven Mitgliedern des CDU-Vereins "Rettet die Freiheit" mit solchen Artikeln in offener Gegnerschaft gegen die SPD unternommen werden, müssen so rasch und spritzschieden wie nur möglich abgestoppt werden, wenn nicht wir alle, also die Bevölkerung der Bundesrepublik im ganzen, und die Bundeswehr mit ihr, in die Gefahr gebracht werden sollen, dass parteipolitische Machenschaften neue Unruheherde schaffen, die sich nur zum Schaden der Gesamtheit auswirken können.

Leben und Wirken eines bedeutenden Mannes

W.P. - Aus Anlass des kürzlich in Berlin feierlich begangenen 90. Geburtstages des früheren Reichsarbeitsministers Dr. h. c. Rudolf Wissel hat der Arani-Verlag in Berlin eine illustrierte Schrift herausgebracht, die sich in Bezug auf Aufmachung, Inhalt und Preis unter Veröffentlichungen ähnlicher Art sehen lassen kann. Älteren Lesern wird darin eine Fülle vergessen geglaubter Ereignisse aus der Zeit der ersten deutschen Republik dargeboten - auch manche bittere Enttäuschung über Ungeduld und Unverstand weiter Kreise unseres Volkes, die sich nach dem ersten Weltkrieg nicht in die militärische Niederlage schicken zu können glaubten und in einem immer undurchdringlicher werdenden ideologischen Nebel Zuflucht suchten, der sich erst nach einer noch schwereren nationalen Katastrophe wieder lichten sollte. Der Gewinn, den jüngere Leser aus der Lektüre des Buches über Rudolf Wissel ziehen, dürfte vor allem in einer anschaulichen Schilderung des Lebens und der Leistung Wissels als eines der bedeutendsten Sozialpolitiker der Weimarer Zeit bestehen.

Rudolf Wissel war aber nicht nur Reichsarbeitsminister in den Kabinetten Scheidemann und Bauer (1919) und Müller (1928-30), er war nicht nur der Mann, der sich zu jener Zeit am intensivsten mit der Frage der Vergesellschaftung von dafür reifen Wirtschaftszweigen befasst hatte, seine wissenschaftliche Qualifikation erwarb er sich durch ein jahrzehntelanges Studium alter Gebräuche und Rechtsformen des deutschen Handwerks. Das zweibändige Werk "Des alten Handwerks Recht und Gewerbe" und "Der soziale Gedanke im alten Handwerk", beide im Jahre 1929 erschienen, gelten noch heute als Standardwerke alter deutscher Volkskunde. Sie brachten Wissel die Ehrenwürde des Doktors der wirtschaftlichen Staatswissenschaften von der Christian-Albrecht-Universität Kiel ein. Es macht die Lektüre des Buches übrigens besonders reizvoll, dass außer Ausschnitten aus der handwerklichen Forschung auch einige Holzschnitte und Federzeichnungen aus dem 16. Jahrhundert beigegeben wurden und der sonst übliche biographische Charakter von Festschriften ähnlicher Art damit vermieden wurde.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel